
/// Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

DIE BEDEUTUNG VON SOZIALPOLITIK

THOMAS HUBER /// Um unseren Sozialstaat jetzt zukunftsfest zu machen, gilt es, aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie zu lernen und auf Basis einer eingehenden Analyse die richtigen sozialpolitischen Lehren zu ziehen und entsprechende Maßnahmen auf den verschiedenen Handlungsfeldern zu ergreifen.

Die Corona-Pandemie stellt alle Bereiche unserer Gesellschaft vor enorme Herausforderungen, die oft sehr schnell bewältigt werden müssen. Das gilt besonders für die Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik. Um die Folgen von Corona abzufedern, haben Freistaat und Bund umfangreiche Sozialschutz-Pakete geschnürt. Sie reichen vom vereinfachten Zugang zur Grundsicherung über den Erhalt sozialer Infrastruktur wie Werkstätten für

Menschen mit Behinderungen bis zu einem Zuschuss für digitale Endgeräte an Kinder aus hilfebedürftigen Familien. Darüber hinaus werden Kinder und Jugendliche mit einem schulischen und außerschulischen Konzept auch nach Corona weiter unterstützt.

Der bayerische Sozialhaushalt 2021 überstieg erstmals die sieben Milliarden, um zu verhindern, dass es durch Corona zu stärkeren sozialen Verwer-



Die Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Das Thema Impfung hat anhaltend zu öffentlichen Debatten und Spannungen in der Gesellschaft geführt.

fungen kommt. Der Einsatz von Steuergeldern kann aber nur einen Teil der Probleme lösen. Um den durch Corona aufgeweichten gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, bedarf es einer vernetzten Politik, die Wirtschaft, Umwelt, Soziales und die Generationenzusammenarbeit bis hin zur Stärkung unserer Demokratie mit einbezieht.

Kinder, Jugendliche und Familien

Zu den einschneidendsten Corona-Maßnahmen gehörten die Kontaktbeschränkungen. Unter ihnen litten sehr viele Menschen, insbesondere Pflegebedürftige und deren Angehörige sowie Kinder und Jugendliche. Vormittags Distanzunterricht, mittags Online Games, nebenher etwas posten, für die Hausaufgaben wieder an den Bildschirm, aber keine oder nur sehr eingeschränkte persönliche Kontakte mit Freunden. Das war lange Zeit für unsere Kinder und Jugendlichen der als eintönig und psychisch belastend empfundene Alltag.¹ Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen und uns nach Corona stärker um Antworten auf die Frage, wie wollen wir, dass unsere Kinder in Zukunft leben, bemühen.

Der durch Corona gefährdete gesellschaftliche Zusammenhalt muss wieder **GESTÄRKT werden.**

Ausbau der Betreuung und Beratung

Weil viele Kinder und Jugendliche nicht erst seit der Corona-Pandemie oft allein zu Hause sind, brauchen wir den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsinfrastruktur. Dazu gehören die Erziehungsberatungsstellen und Fachkräfte-Teams in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch die Betreuung von Schulkindern wird immer wichtiger. Deshalb setzen wir gemeinsam mit dem Bund den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter um und unterstützen die Kommunen auch finanziell.²

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass alle Schüler problemlos am Distanzunterricht teilnehmen können. Um die Bildungsgerechtigkeit weiter zu erhöhen, ist es unter anderem unerlässlich, dass alle Kinder aus ärmeren Haushalten mit W-LAN und digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Denn gera-

Kinder und Jugendliche brauchen Beratung und UNTERSTÜTZUNG.

de sie hatten mangels geeigneter Ausstattung erheblich größere Schwierigkeiten im Distanzunterricht. Sie dürfen dadurch nicht abgehängt werden.

Familien stärker in den Fokus rücken

Mit die größten Leistungen während Corona haben unsere Familien erbracht: „Rund um die Uhr“-Betreuung der Kinder, Einrichtung „digitaler Klassenzim-

mer“, Einkauf für die Großeltern und „nebenbei“ musste mindestens ein Elternteil noch im Home Office die Herausforderungen im Job meistern. Bei allen künftigen Maßnahmen müssen wir daher auch die Familien im Blick haben und ganzheitlich betrachten.

Da viele Familien durch Corona in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, wurden auf Bundesebene schnell die Corona-Sonderregelung beim Elterngeld und die Ausweitung des Kinderzuschlags auf den Weg gebracht. Bayern leistet zusätzliche Unterstützung für Familien, etwa durch Entlastung bei den Kosten für Kinderbetreuung während der Zeit der Schließungen oder mit dem bayerischen Familiengeld, das auch während der Pandemie unverändert weiterlief. Jetzt gilt es, die Entwicklung in unseren Familien genau zu beobachten und nach Bedarf weitere Unterstützungsmaßnahmen zu beschließen. Wichtig ist, das komplexe Hilfeleistungssystem für Familien auf Prävention auszurichten und dabei im Sinne einer Familie zu denken und zu handeln.

Pflegebereich Ältere

Schon zu Beginn der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass das Risiko für einen sehr schweren oder gar tödlichen Verlauf mit dem Alter stark zunimmt. Das spiegelte sich auch in den Pflegeheimen wider. Obwohl mittlerweile alle Bewohner sowie ein Großteil der Beschäftigten in Pflegeheimen dreimal geimpft sind, stellt sie Corona weiterhin vor große Herausforderungen. Dazu gehören auch die Kontaktbeschränkungen, unter denen Pflegebedürftige und deren Angehörige besonders zu leiden hatten und haben. Die meisten Einrichtungen verfügen nicht über sichere Räu-

Ältere und Pflegeheimeinrichtungen haben ein höheres Risiko zu tragen und brauchen daher **SCHUTZ**.

me, in denen sich Pflegebedürftige und deren Angehörige während einer Pandemie treffen können. Daher sollte in jedem Pflegeheim ein solcher geschaffen werden.³

Menschen mit Behinderung

Auch Menschen mit Behinderung sind von der Pandemie besonders betroffen. Gehörlose können wegen der Masken keine Lippen lesen, geistig Beeinträchtigte haben Probleme mit dem Verständnis für die Maßnahmen, andere sind aufgrund von Begleiterkrankungen besonders gefährdet oder können aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen.

Auch Behinderteneinrichtungen hatten aus unterschiedlichen Gründen teils große Probleme mit der Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen. Mittlerweile wurden für viele der Probleme Lösungen gefunden, leider oftmals aber erst im Nachhinein. Deshalb müssen in Zukunft die Belange der Menschen mit Behinderung grundsätzlich bei allen Maßnahmen mehr ins Zentrum gerückt und auf alle Aspekte des Lebens geachtet werden.

Berufsbereich Pflege

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Bayern wird bis 2050 von aktuell 500.000 auf 880.000 ansteigen. Das bedeutet, dass auch der Bedarf an Pflegepersonal weiter stark zunehmen wird.

Man geht von einem zusätzlichen Bedarf von 62.000 Vollzeit-Pflegekräften und 7.500 Pflegefachpersonen bis 2050 aus. Um einen drohenden Pflegenotstand zu vermeiden, müssen wir die Attraktivität von Pflegeberufen weiter erhöhen. Das beginnt bei einer modernen Ausbildung und besserer Vergütung und reicht über einen attraktiven Arbeitsplatz bis hin zu einem höheren Ansehen und sozialen Status dieser Berufe.

Im Fokus muss jetzt aber eine bessere Entlohnung für alle Pflegekräfte stehen. Die Basis dafür ist die nun beschlossene Einführung flächendeckender Tarifverträge, mit denen die Vergütung kontinuierlich nach oben gehen kann. Um die Pflegekräfte zu entlasten, muss aber auch der Personalschlüssel deutlich verbessert werden. Darüber hinaus muss für die Pflegekräfte aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu gehört die Schaffung von günstigem Wohnraum, besonders in Ballungsgebieten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Durchsetzung von Steuererleichterungen.

Wohnraum

Im vergangenen Jahr konnte die älteste Sozialsiedlung der Welt, die Fuggerei in Augsburg, ihr 500-jähriges Jubiläum feiern. Ein Hauptgrund dafür, dass sie bis heute besteht, ist ihr niedriger Mietpreis. Die Jahreskaltmiete plus Nebenkosten beträgt nach heutiger Währung 88 Cent. Im Gegensatz dazu sind die Mieten in Bayern allein von 2014 bis 2019 durchschnittlich um 22 Prozent gestiegen, in Oberbayern sogar um 28 Prozent. Das bedeutet: Viele können sich das Wohnen kaum mehr leisten. Das betrifft Menschen mit geringerem Einkommen, aber angesichts der hohen Mietpreise wie zum Beispiel im Bal-

lungsraum München auch Menschen mit guten Einkommen und sogar Doppelverdiener. Nicht selten wird die Hälfte des Einkommens oder mehr für die Miete ausgegeben.

Wir müssen deshalb mit Nachdruck das Ziel verfolgen, mehr Menschen zu Wohneigentum zu verhelfen. Da es keine Eigenheim-Zulage mehr gibt, brauchen wir neue Modelle zur Schaffung von Wohneigentum. Das noch relativ junge Baukindergeld ist ein guter Ansatz, der weiterverfolgt werden sollte. Auch die vor Kurzem erfolgte Reform der Bayerischen Bauordnung ist sinnvoll, um Nachverdichtungen zu ermöglichen. Außerdem müssen die einkommensorientierte Förderung für Wohnraum erweitert und mehr soziale Bauprogramme aufgelegt werden.

Wohnraum wird zunehmend UNBEZAHLBAR.

Ein Sonderprogramm für stark belastete Kommunen, die Anpassung der Landesplanung an den erhöhten Wohnbedarf, die Mobilisierung von Bauland sowie die Förderung von Wohnungsbau inklusive von Betriebswohnungsbau sowie die Streichung der Grunderwerbssteuer für die selbstgenutzte Immobilie junger Familien sind dabei hilfreich.

Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie wird sich der Trend zum Home Office fortsetzen, womit auch der Bedarf an größeren Wohnungen weiter steigt. Das bedeutet wiederum höhere

Kaufpreise und Mieten für Wohnungen und Häuser, auch im Umland. Der Druck auf den Wohnungsmarkt im Umland der bayerischen (Groß-)Städte ist schon bemerkbar. Vermehrt Home Office würde viele berufsbedingte Fahrten überflüssig machen und so auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Soziale Träger

Die vielen kleineren und größeren sozialen Träger und Vereine sind die Säulen unseres Sozialsystems. Deshalb ist es besorgniserregend, dass ihnen durch die Corona-Pandemie Mitgliedsbeiträge und Spenden wegbrechen. Da viele von ihnen ihre Leistungen über unterschiedliche Kostenträger finanzieren und gleichzeitig höhere Kosten durch Infektionsschutzmaßnahmen haben, stehen sie vor enormen finanziellen Herausforderungen.

Der Paritätische Gesamtverband hat in einer Studie darauf hingewiesen, dass diese Mischfinanzierung in der Pandemie zum Teil katastrophale Folgen haben kann, weil es häufig keine abgestimmte Vorgehensweise der Kostenträger, sondern vielmehr einen sehr unterschiedlichen Umgang der Geldgeber mit der Krise gibt. Eine Lehre aus der Pandemie sollte deshalb die stabile Finanzierung Sozialer Arbeit sein. Wird ein Projekt über mehrere Geldgeber finanziert, darf das Zusammenfügen der Geldleistungen nicht Aufgabe des durchführenden Trägers sein.⁴

Ein bis heute unbefriedigend gelöstes Beispiel für dieses Problem ist das Jugendwohnen für Blockschüler. In den ersten Monaten der Corona-Pandemie hatten die Jugendwohnheime deutlich weniger Einnahmen, gleichzeitig stiegen die Kosten durch den entsprechend angepassten Wohnheimbetrieb wie zum

Beispiel Einzelbelegung von Mehrbettzimmern und zusätzlich notwendige Hygienemaßnahmen. Kommunen und Kultusministerium schoben sich die unklare Zuständigkeit zu Lasten der Jugendwohnheime gegenseitig zu. Mit einer eindeutigeren Regelung der Zuständigkeit zur Refinanzierung von sozialen Trägern in Krisen hätte man hier viel unnötigen Abstimmungsaufwand und Ärger vermeiden können.

Die **FINANZIERUNG** sozialer Träger muss klar definiert und auch in Krisen gesichert sein.

Freiwilligendienste

Die Bedeutung des Engagements von Freiwilligen für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Deshalb sollte es noch stärker honoriert und anerkannt werden, vor allem durch noch attraktivere Rahmenbedingungen. Um den Zusammenhalt zu stärken, sollte es allen Bürgern noch besser ermöglicht werden, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen. Dadurch können viele junge Menschen auch frühzeitig an einen pflegerischen oder sozialen Beruf herangeführt werden. Viele Freiwillige bleiben zum Beispiel nach ihrem Freiwilligen Sozialen Jahr (FJS) bei „ihrer“ Dienststelle. Das kann zur Fachkräftegewinnung im sozialen Bereich beitragen.

Entscheidend ist, dass den Freiwilligen die Wertschätzung und Anerkennung entgegengebracht werden, die sie

verdienen. Ihr Einsatz könnte etwa bei praktischen Zeiten in Ausbildung und Studium sowie bei Wartesemestern für Studienplätze, aber auch bei der Rente berücksichtigt werden. Auch die Verbesserung der finanziellen Unterstützung für Freiwillige und Hilfsdienste sollte überprüft werden. Menschen mit Behinderung muss der Zugang und die Durchführung eines Freiwilligendienstes erleichtert werden.

Außerdem sollte man auch Pro und Contra eines sozialen Dienstjahres als Gesellschafts-Bürgerjahr für alle diskutieren. Laut Umfragen würde die Mehrheit in Deutschland diesen sozialen Dienst begrüßen. Es würde neue Perspektiven und die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit bringen, das Demokratiebewusstsein stärken und könnte neue Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt mit sich bringen.

Arbeitsmarkt

Seit 2019 ist laut eines Berichts der Bundesagentur für Arbeit vom Juli 2021⁵ die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 12 Prozent auf 817.000 gestiegen. Und sie wird voraussichtlich weiter steigen, denn die Dauerarbeitslosigkeit wird nach der Krise nicht einfach wieder verschwinden. Auf dem Arbeitsmarkt und speziell bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit kommt es auf eine ganzheitliche Betreuung und Förderung an.⁶ Dafür brauchen wir Ressourcen bei den Arbeitsagenturen, aber auch bei Jugendämtern und anderen Stellen. Für diese Betreuung sollten wir zielgerichtet mehr Mittel einsetzen und nicht für einen großen sogenannten sozialen Arbeitsmarkt, der den Menschen zwar zeitweise einen Arbeitseinsatz ermöglicht, aber viel zu oft nicht zu einer dauerhaften Beschäftigung führt.

Auch die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt massiv. Um die Menschen fit für die Arbeitswelt der Zukunft zu machen, ist die berufliche Weiterbildung das Erfolgsrezept. Bayern investiert in Weiterbildung und Qualifizierung, etwa mit dem „Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0“. Die bestehenden Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten sind gut, können aber noch ausgebaut werden. Wichtig ist, dass niemand abgehängt wird und bei allen Veränderungsprozessen die soziale Sicherheit nicht verloren geht.

Wirtschaft

Die Basis für unseren hohen Wohlstand, unser hohes soziales Niveau und nicht zuletzt unseren hohen Beschäftigungsstand ist und bleibt unsere Wirtschaft. Besonders Mittelstand und Handwerk sind für unser Sozialsystem sehr wichtig, weil in ihnen 57 Prozent aller Beschäftigten tätig sind. Deshalb ist es erfreulich, dass unsere Wirtschaft Corona schneller überwinden wird, als noch vor nicht allzu langer Zeit befürchtet. Dennoch kämpfen noch immer viele mittelständische Unternehmen mit den Folgen, darunter viele Einzelhändler. Um sie zu stärken und die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten, brauchen sie klare Perspektiven. Dazu gehört vor allem, dass weitere steuerliche Belastungen und bürokratische Regulierungen vermieden werden.

Damit Unternehmen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen können, müsste die Unternehmenssteuerlast auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Angesichts eines immer härteren globalen Wettbewerbs braucht unsere Wirtschaft dringend mehr Luft für Zukunftsinvestitionen. Auch nach der Corona-Pandemie

gilt: Soziale Sicherheit sollte erarbeitet werden. Und nur eine innovative und starke Volkswirtschaft garantiert einen starken Sozialstaat.

Eine STABILE Wirtschaft ist wichtig für das Sozialsystem.

Energiewende

Die Energie- und Klimawende sollte auch aus Sicht der Betroffenen betrachtet und Freiräume für die geschaffen werden, die zu ihrem Gelingen beitragen können. Hier spielen auch gesellschaftliche Aspekte eine entscheidende Rolle. Die zentrale Frage ist, wie wir zukünftig leben wollen und dabei alle Generationen mitnehmen können und wie wir die großen und notwendigen Veränderungen mit der nötigen Geschwindigkeit und Ernsthaftigkeit umsetzen können. Dafür braucht es Innovationen, die neue Perspektiven aufzeigen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Demokratie

Gesellschaftlicher Zusammenhalt benötigt neben gelebter Demokratie auch Respekt vor den Mitmenschen sowie eine lebendige Diskussionskultur. Nur so schaffen wir es, Kompromisse zu finden und das Beste für unsere Gesellschaft zu erreichen. Die Pandemie hat gezeigt, dass aber oft einseitig, ideologisch und dann leider auch radikal argumentiert wird. Auf lokaler Ebene kann die Diskussionskultur auf der Basis von Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung statt-

finden wie zum Beispiel eine Abstimmung über die Errichtung von Windrädern im Ebersberger Forst. Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ müssen wir noch mehr auf Regionalität setzen. Auch das hat uns Corona gelehrt.



/// THOMAS HUBER MBA, MDL

ist Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und Vorsitzender der CSU-Familienkommission, München.

Die in der Demokratie verankerte **DISKUSSIONSKULTUR** kann den **gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.**

Mensch und Gesellschaft

Die Kernfrage, die wir uns immer wieder aufs Neue stellen müssen, lautet: „Was hilft dem Menschen und der Gesellschaft langfristig?“ Transformationsprozesse gab es schon immer, denken wir nur an die Industrialisierung. Meist wurden aber ihre gesellschaftlichen Aspekte außen vorgelassen. In der Folge kam es zu sozialen Problemen und Verwerfungen. Bei der Energie- und Klimawende sowie bei der Digitalisierung haben wir die große Chance, langfristiger und vernetzter zu denken und zu handeln, und so möglichst viele Menschen mitzunehmen. Der Sozialpolitik kommt hier die wichtige Aufgabe zu, über die bestehenden und sich neu auftuende Gräben Brücken zu bauen und so unsere Gesellschaft insgesamt zu stärken. ///

Anmerkungen

- ¹ Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/das-leben-von-jungen-menschen-in-der-corona-pandemie-1>; Jugendliche fühlen sich durch Corona stark belastet und zu wenig gehört, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/maerz/jugendliche-fuehlen-sich-durch-corona-stark-belastet-und-zu-wenig-gehört>
- ² Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Familie, Arbeit und Soziales: Richtlinie zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern 2020–2 vom 23. Februar 2021.
- ³ Akte Altenheim – Chronik eines kollektiven Kontrollverlusts, in: FAZ, 6.3.2021.
- ⁴ Paritätischer Gesamtverband: 20 vorläufige Lehren aus Corona. Bericht aus den Facharbeitskreisen des Paritätischen Gesamtverbands, Berlin 2020.
- ⁵ Bundesagentur für Arbeit: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, Juli 2021.
- ⁶ Huber, Thomas: Mehr ökonomische Vernunft wagen – auch in der Sozialpolitik, in: Bayernkurier, 30.9.2019.